

Freisinn FDP

Pa 24580

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Das Ziel ist gesteckt

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA
BIBLIOTECA NAZIUNALA SVIZRA

LANDESBIBLIOTHEK
HALMSTRAASSE 16
3003 BERN

231



Mit ihrem neuesten gesellschaftspolitischen Positionspapier «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» verfolgt die FDP ein anspruchsvolles Programm. Ziel ist die faktische und nicht nur rechtliche Gleichstellung der Frauen in Wirtschaft und Politik. Die Delegierten der FDP der Schweiz stimmten dem Text einstimmig zu. – Das Ziel ist gesteckt, jetzt muss es realisiert werden.

Das Positionspapier «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» löste Diskussionen aus. (Photo ruti)

AMK. Das neuste FDP-Positionspapier «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» ist eine ambitionierte Antwort auf die sich laufend rasch verändernde Gesellschaft. Die FDP nimmt diese Veränderungen wahr und zieht daraus die gesellschaftspolitischen Kon-

sequenzen. Sie will die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau weiterbringen zur faktischen Gleichstellung der Frauen in Wirtschaft und Politik. Frauen und Männer sollen Elternschaft und Erwerbstätigkeit in maximaler Wahlfreiheit und eigenverantwortlich kombinieren können.

Schon vor vier Jahren hat Präsident Steinegger festgestellt: «Das Frauenstimmrecht und die Verankerung der gleichen Rechte von Frau und Mann in der Bundesverfassung schufen die rechtlichen Grundlagen für eine Besserstellung der Frau in Familie, Bildung, Arbeit und Politik. Die Praxis zeigt jedoch, dass Rechtsnormen allein nicht genügen, um die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann zu gewährleisten. Die Verwirklichung der Geschlechtergleichheit bleibt daher eine vordringliche Aufgabe für die Politik.»

Inhalt

- Über «Die Lust der SP an mehr Steuern» lesen Sie Seite **9**
- Die Vorlagen vom 12. März 1995 werden behandelt ab Seite **10**
- Wirtschaft und Politik ist Thema ab Seite **15**

Parolen

Verfassungsartikel über die Landwirtschaft **JA**
Delegiertenversammlung: einstimmig

Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses **JA**
Delegiertenrat: 29 Ja gegen 1 Nein bei 6 Enthaltungen

Änderung des Landwirtschaftsbeschlusses **JA**
Delegiertenversammlung: 104 Ja gegen 26 Nein

Ausgabenbremse **JA**
Delegiertenversammlung: einstimmig

FDP

Weltvertrag über die menschliche Entwicklung

Die dänische Hauptstadt Kopenhagen beherbergt im März den «Weltgipfel über soziale Entwicklung». Eine «Weltsozialcharta» für Chancengleichheit von Menschen und Staaten soll verabschiedet werden.

◉ Jacques Baumgartner

Ziel dieser vom Wirtschafts- und Sozialrat (Ecosoc) der Vereinten Nationen einberufenen Konferenz ist es, «in gewandelter Zeit neue Wege für Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit zu finden». Durch eine gerechtere Aufteilung der «globalen Chancen und Verantwortlichkeiten» sollen die Menschen näher «zusammengeführt werden».

Es lässt sich nicht abstreiten, dass trotz allen technologischen Durchbrüchen die Menschheit in einer Welt lebt, in der ein Fünftel der Bevölkerung in den Entwicklungsländern hungert, ein Viertel seine elementaren Bedürfnisse wie sauberes Trinkwasser nicht decken kann und ein Drittel an den Rand der menschlichen Existenz gedrängt wird. Auch ist unbestreitbar, dass trotz allen Abrüstungsabkommen die weltweiten Militärausgaben immer noch dem Einkommen der Hälfte der Menschheit entsprechen. Und eine Milliarde Menschen verfügt über ein sechzigmal so hohes Einkommen wie die Ärmsten der Welt.

Die Bedrohungen der menschlichen Sicherheit finden sich weltweit, und zwar in «Form» von Terrorismus, Umweltverschmutzung, Drogen, Seuchen, Verbreitung von Nuklearwaffen. Die globale Armut und Umweltprobleme respektieren keine nationalen Grenzen.

Bericht

Der Bericht «über die menschliche Entwicklung» des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen bildet das Fundament der Vorschläge für den «Weltsozialgipfel» in Kopenhagen. In

der Zeit des kalten Krieges zwischen «Ost» und «West» wurden vor allem «strategische Verbündete» mit Entwicklungshilfe bedacht. Die Uno ist der Ansicht, dass künftig die Finanzierung der Entwicklungshilfe beziehungsweise der Entwicklungszusammenarbeit nicht einzig und allein vom «wechselhaften politischen Willen» der reichen (Industrie-) Staaten abhängig sein darf. Neue Finanzquellen sollen gesucht, gefunden und erschlossen werden. Die Uno hat diese im Grunde bereits gefunden. Es mutet noch idealistisch an, aber die Idealisten von heute entpuppen sich oftmals als die Realisten von morgen. Unter anderem wird vorgeschlagen:

■ Die Entwicklungsländer verpflichten sich, ein Fünftel ihrer Budgets für das Erziehungs-, das Gesundheitswesen und zur Bekämpfung der «absoluten Armut» auszugeben. Die Industriestaaten stellen ein Fünftel ihrer Entwicklungshilfe nur für diese Bereiche zur Verfügung.

■ Es wird ein «globaler Entmilitarisierungsfonds» geschaffen. Grundsatz ist, kein Staat soll mehr für seine Streitkräfte als für Bildung und Gesundheit seines Volkes ausgeben. Blicke es bis zum Jahre 2000 bei einer Senkung der Militärausgaben um jährlich drei Prozent, hat Ecosoc eine Fünfhundert-Milliarden-Dollar-Friedensdividende errechnet.

■ Eine Welteinkommenssteuer wird geschaffen, bestehend aus 0,1 Prozent des Bruttosozialproduktes (der jeweiligen Staaten). Die Nutzung fossiler Energiequellen wird besteuert (ein Dollar je 159-Liter-Erdölfass), was der Uno 60 Milliarden Dollar im Jahr einbrächte.

■ Eine Weltsteuer von 0,05 Prozent wird auf alle spekulativen Kapitaltransaktionen erhoben. Auf den internationalen Kapitalmärkten werden derzeit täglich tausend Milliarden Dollar aus Spekulationsgründen «bewegt». Von dieser Steuer verspricht sich Ecosoc bis zu jährlich zweihundert Milliarden Dollar.

■ Es werden handelbare Umweltverschmutzungs-Zertifikate herausgegeben – von einer noch zu schaffenden Uno-Behörde. Besitzer solcher ökologischer Sphären-Anteilscheine können bestimmte Mengen von Schadstoffen ausstossen. Die Zertifikate werden hälftig auf Grund der Bevölkerungszahl und des Bruttosozialproduktes (BSP) den einzelnen Staaten zugeteilt. Das bedeutete in der Praxis, die Industriestaaten, als die grössten Umweltverschmutzer, müssten den Entwicklungsländern Anteilsscheine abkaufen, sofern die

Industriestaaten ihr gegenwärtiges Schadstoffniveau beibehalten (wollen). In den Augen der Uno wäre dieser «Ressourcentransfer» weder Entwicklungshilfe noch Wohltätigkeit, sondern das «Ergebnis eines freien Marktmechanismus, der den übermässigen Energieverbrauch der industrialisierten Staaten berücksichtigt».

Neue Ära

Mit diesem «Weltgipfel» in der dänischen Hauptstadt soll eine neue Ära der Entwicklungszusammenarbeit, der menschlichen Sicherheit eingeleitet werden. Der Uno-Wirtschafts- und -Sozialrat schlägt vor, einen Wirtschaftssicherheitsrat ins Leben zu rufen:

Der aus 54 Mitgliedstaaten bestehende Ecosoc – die Uno-Generalversammlung wählt jährlich achtzehn neue Mitglieder auf drei Jahre – hat keine wirtschaftspolitischen Befugnisse. Kompetenzen soll jedoch der aus je elf Vertretern der Industriestaaten und der Entwicklungsländer zusammengesetzte Wirtschaftssicherheitsrat erhalten. Die westlichen Staaten sind davon nicht gerade begeistert. ■

Absolute und relative Armut

«Absolute Armut» ist durch das körperliche Existenzminimum definiert. Als «relativ arm» gilt nach Uno-Massstab, wer weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens (s)eines Landes zur Verfügung hat. Laut Uno leben über 1,3 Milliarden Menschen in «absoluter», 786 Millionen Menschen in «relativer Armut». Für die sogenannte menschliche Entwicklung geben die Entwicklungsländer im Durchschnitt dreizehn Prozent ihrer Budgets oder etwa sechzig Milliarden Dollar im Jahr aus.

Lieferanten des Todes

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts waren noch neunzig Prozent aller Kriegsoffer Militärpersonen. Heute

sind die Opfer des Krieges zu neunzig Prozent Zivilisten. Viele Staaten importieren weiterhin kostspielige Waffensysteme, obwohl sie dringendere Probleme haben. Dies ergibt sich aus den Waffenlieferungen und -bestellungen in den Kategorien, die vom Uno-Waffenregister erfasst werden. Dafür sind teilweise die Industriestaaten verantwortlich, die ihre Militärhilfen und Waffenexporte einstellen müssen. 86 Prozent der derzeitigen Waffenlieferungen stammen aus den fünf Staaten, die Ständige Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates sind. Grösste Exporteure von konventionellen Waffen sind die Vereinigten Staaten, Russland, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, China, Grossbritannien, Tschechien und die Niederlande. ■

Kantonsratspräsidentin Verena Stuber träumt von Rock'n'roll

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Ich würde ihn der Person X verleihen, stellvertretend für alle Politikerinnen und Politiker, für ausserordentlichen, uneigennütigen Einsatz für das Gemeinwohl.

Wodurch kann ein Politiker, eine Politikerin Sie überzeugen?

Geradlinigkeit, Ehrlichkeit, Mut.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Gut, interessant, schön und nötig, dass es beide gibt!

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Ich habe ein schlechtes (Namens-)Gedächtnis. Dank meiner Gesundheit bin ich recht belastbar.

Welches Buch lesen Sie jetzt gerade?

«Halbzeit, fünfzig 50jährige zur Schweiz. Provokationen, Optionen, Visionen.»

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Tennis, Gymnastik.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Rock'n'roll tanzen.

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Ich hoffe, dass sich der religiös-politische Extremismus nicht weiter ausbreitet.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

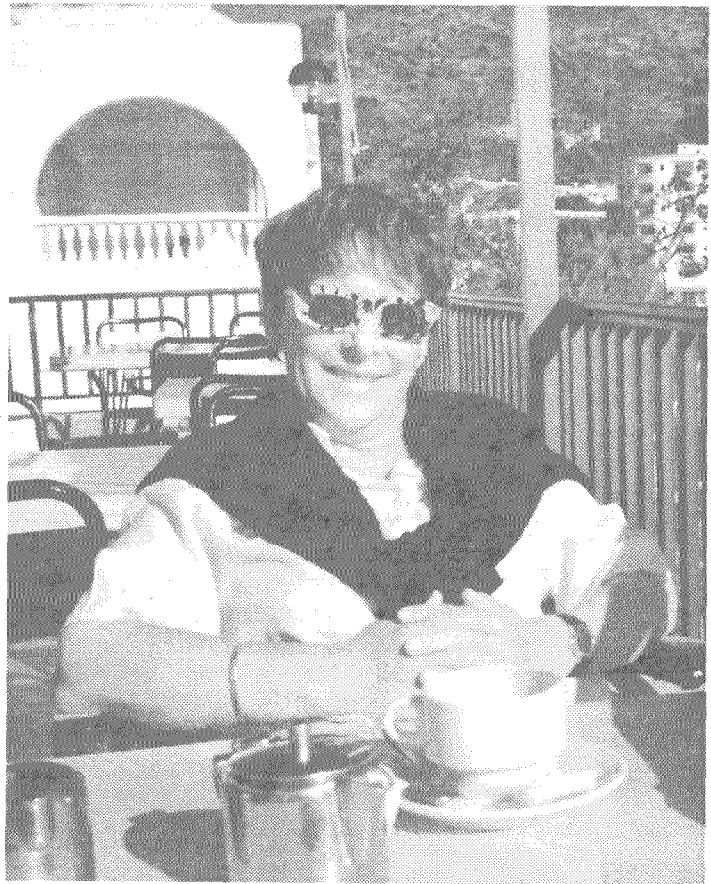
Das organisierte Verbrechen, das unsere staatlichen Strukturen zu unterwandern versucht.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtigste: das Rad. Entbehrlichste: die Atombombe.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die landwirtschaftliche Vielfalt auf engem Raum, das Zusam-



Verena Stuber: Politik und Musik als Leidenschaft.

menleben von verschiedenen Kulturen, Schweizer Brauchtum, die direkte Demokratie.

Weil Freiheit und Selbstverantwortung für mich einen hohen Stellenwert haben.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Offensichtliche Mängel im politischen System werden zu wenig schnell eliminiert (z. B. Gesetze mit «Schwachstellen» bleiben viel zu lange in Kraft).

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Bundespräsident Kaspar Villiger, weil ich ihn hochachte und bewundere, hat er doch in seinem Departement bedeutende Reformen in kurzer Zeit verwirklicht.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende. Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Nicht ganz, denn nicht alles, was Minderheiten wollen, ist auch Fortschritt im Sinne des Wortes.

Warum sind Sie bei der FdP?

KURZBIOGRAPHIE

Verena Stuber

Zur Person: Geboren und aufgewachsen in St. Gallen, seit dreissig Jahren im Kanton Solothurn wohnhaft, verheiratet, drei erwachsene Söhne.

Alter: 55

Berufliche Stationen: Lehrerseminar Rorschach, zwei Jahre Primarlehrerin in Grabs SG, zwei Jahre Primarlehrerin in Grenchen, heute nicht mehr im Schuldienst tätig.

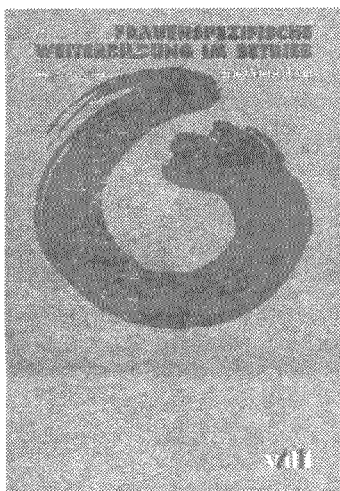
Politischer Werdegang: 1981–1993 Gemeinderätin in

Grenchen, seit 1985 Kantonsrätin, 1989–1994 Mitglied der kantonsrätlichen Sozial- und Gesundheitskommission (1990–1993 Präsidentin), 1993 Zweite Vizepräsidentin, 1994 Erste Vizepräsidentin, seit 1. Januar 1995 Kantonsratspräsidentin.

Liebste Tätigkeit: Lesen, reisen und musizieren. Musik bedeutet mir viel, vor allem das Musizieren im Ensemble (Ich spiele seit bald dreissig Jahren im Stadtorchester Grenchen).

Frauenspezifische Weiterbildung im Betrieb

Betriebliche Weiterbildung, die sich gezielt und ausschliesslich an Frauen richtet, stösst auf immer grösseres Interesse. Erstmals wurde die Wirksamkeit dieser Kurse systematisch überprüft.* Drei Schweizer Verwaltungen haben ihr Weiterbildungsangebot einer umfassenden Evaluation unterziehen lassen. Resultat: Frauenspezifische Kurse zeigen Erfolg. Nicht nur die Mitarbeiterinnen, auch die Arbeitgeber profitieren davon.



Die Verwaltungen des Bundes, des Kantons und der Stadt Zürich realisieren seit mehreren Jahren spezifische Weiterbildungsmaßnahmen für ihre weiblichen Beschäftigten. Damit wollen sie einen Beitrag leisten zur Gleichstellung von Frau und Mann im Betrieb. Aber: Erreichen die Kurse die gesteckten Ziele? Wenden die Mitarbeiterinnen das Gelernte an ihrem Arbeitsplatz überhaupt an, und welchen Nutzen zieht der Betrieb daraus? Ein soeben erschienener Untersuchungsbericht gibt Antworten auf diese Fragen.

In einem gemeinsamen Projekt haben die drei Verwaltungen ihre bisherigen frauenspezifischen

Kurse auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen lassen. Über 800 Kursteilnehmerinnen sowie 150 Führungskräfte wurden von der Arbeits- und Organisationspsychologin Béatrice Stalder zu ihren Erfahrungen befragt. Die im Auftrag des Eidgenössischen Personalamtes, der Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen des Kantons Zürich, der Fachstelle für Frauenfragen der Stadtverwaltung Zürich sowie der Frauenstelle des Kaufmännischen

Verbandes Zürich realisierte Untersuchung ist eine Novität im deutschsprachigen Raum. Sie liefert Ergebnisse, die für jede innerbetriebliche Weiterbildung – nicht nur frauenspezifische – von Nutzen sind.

Das frauenspezifische Kursangebot der beteiligten Verwaltungen spricht das ganze Spektrum von Mitarbeiterinnen an – von der Hilfsarbeiterin bis zur Kaderfrau. Die Teilnehmerinnen erleben sich nach den Kursen selbstbewusster und durchsetzungsfähiger. Sie berichten von klareren Berufsvorstellungen und mehr Motivation und Erfolg am Arbeitsplatz. Die Kurse haben auch dazu beigetragen, dass Frauen aufgestiegen sind, die Stelle gewechselt haben oder sich für anspruchsvollere Aufgaben qualifizieren konnten. Chefs und Chefinnen, die in die Unter-

suchung mit einbezogen wurden, bestätigen diese Veränderungen. Sie schätzen das selbstbewusste Auftreten und die aktivere Rolle ihrer Mitarbeiterinnen.

Der verständlich geschriebene Forschungsbericht enthält eine Vielzahl von Vorschlägen und Anregungen für die Praxis. Sie zeigen nicht nur Wege zur Weiterentwicklung zukünftiger frauenspezifischer Weiterbildung auf, sondern liefern auch wichtige Hinweise für die Optimierung betrieblicher Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmassnahmen auch ausserhalb der Verwaltung. ■

Schweiz ohne Drogen?



Die Drogenpolitik der Schweiz ist in Bewegung. Zwei Volksinitiativen werden in den nächsten Jahren zur Abstimmung gelangen, denen der Bundesrat überdies einen Gegenvorschlag entgegenstellen möchte.

Um die Meinungsbildung zu fördern, hat die Drogenkommission der FDP Basel-Stadt eine Broschüre erarbeitet. Die Überlegungen der Drogenkommission verstehen sich nicht als Widerspruch, sondern als Ergänzung zum bundesrätlichen Gegenvorschlag. Kernpunkte bilden Überlegungen zur Abgabe von Heroin und Kokain an Abhängige auf ärztliches Rezept und zum Verkauf von Haschisch und Marihuana in Apotheken.

Die Broschüre kann bei der FDP Basel-Stadt, Hardstrasse 126, Postfach, 4020 Basel, Tel. (061) 313 50 40, Fax (061) 313 50 45, bestellt werden. ■

Taschenstatistik



Kommission für die Statistik der Unfallversicherung UVG (KSUV)
Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG (SSUV)

Taschenstatistik UVG

Ausgabe 1994

Jährlich erscheint eine gesamtschweizerische Unfallstatistik der Arbeitnehmer. Die Taschenstatistik UVG, Ausgabe 1994, wurde gegenüber den früheren Ausgaben leicht verändert, um das Lesen der Statistik und das Auffinden von Zahlen zu erleichtern.

Die Taschenstatistik gibt einen Überblick über den Versichertenbestand der 82 Unfallversicherer sowie über das Unfallgeschehen bei den rund 3,3 Millionen versicherten Arbeitnehmern.

Die Taschenstatistik UVG, Ausgabe 1994, kann bei der Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG (SSUV), c/o Suva in Luzern, Telefon (041) 21 57 26, angefordert werden. Die nächste Ausgabe der Taschenstatistik UVG erscheint voraussichtlich im Spätherbst 1995. ■

* Frauenspezifische Weiterbildung im Betrieb. Eine Untersuchung. Von Béatrice Stalder. Herausgegeben von: Eidgenössisches Personalamt, Sektionen Ausbildung und Personalförderung; Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen des Kantons Zürich; Fachstelle für Frauenfragen der Stadtverwaltung Zürich; Frauenstelle des Kaufmännischen Verbandes Zürich. 144 Seiten, zahlreiche graphische Darstellungen und Tabellen. Verlag vdf, 1995. Im Buchhandel erhältlich. Preis: Fr. 32.–



Zustimmung zum Positionspapier «Liberales Lebensgestaltung». Jetzt müssen Taten folgen.

Ein urliberales Anliegen

An ihrer a. o. Delegiertenversammlung vom 21. Januar 1995 in Luzern hat die FDP der Schweiz ein wichtiges Programmpapier diskutiert und verabschiedet. Unter dem Titel «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» zeigt sie auf, in welche Richtung eine liberale Politik angesichts einer sich rasch ändernden Gesellschaft gehen muss. Im Zentrum dieses gesellschaftspolitischen Papiers steht die Forderung nach weiteren Schritten in Richtung Gleichstellung von Frau und Mann, ein Prozess, der Männer ebenso betrifft wie Frauen. Ziel sind Rahmenbedingungen, die Frauen und Männern eine freie Lebensgestaltung ermöglichen.



Regierungsrätin Marianne Kleiner-Schläpfer (AR) engagiert sich für eine stärkere Integration der Frauen in die FDP.



Prof. Hans Würigler als aufmerksamer Zuhörer.



Gabriela Winkler gegen einen Änderungsantrag.



Die neue Präsidentin der Jungliberalen, Ylva Eriksson, ergreift das Wort. (Photos ruti)

Liberaler Lebensgestaltung

Die Gesellschaft hat sich in den letzten 25 Jahren rasch gewandelt und verändert sich laufend weiter. Der 1981 in die Bundesverfassung aufgenommene Gleichstellungsartikel ist ein Bekenntnis zu dieser Entwicklung. Die FDP hat sich seither immer wieder mit der rechtlichen und insbesondere auch mit der realen Gleichstellung von Frau und Mann befasst.

Den Herausforderungen unserer Zeit ist in liberaler Gesinnung zu begegnen. 1990 hat die FDP im liberalen Manifest festgehalten: «Wir kämpfen für die persönliche Freiheit. Freiheit bedeutet, dass jeder Mensch sein Leben selber gestalten und verantworten kann.» – «Freiheit verlangt offene Zugänge, neue Freiräume müssen aufgebrochen, unnötige Fesseln gesprengt werden.» Diese Aussagen gelten für Frau und Mann. Es kommt ihnen auf dem Weg zur realen Gleichstellung der Geschlechter sogar besondere Bedeutung zu.

Die Realisierung der Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht abgeschlossen mit dem Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung. Sie ist vielmehr ein Prozess, der die Männer ebenso betrifft wie die Frauen.

Die FDP tritt nach wie vor dafür ein, Zwänge aufzubrechen, aber keine neuen Zwänge zu schaffen. Eltern sollen die traditionelle Rollenteilung «en connaissance de cause» wählen oder eine andere Form der innerfamiliären Aufgabenteilung bestimmen können.

Die FDP fordert die Schaffung von Voraussetzungen, die Frauen und Männer eine freie Lebensgestaltung ermöglichen. Die freie Lebensgestaltung darf nicht das Privileg der kleinen, finanziell zuoberst stehenden Bevölkerungsschicht sein. Diesen Kreisen war es von jeher und ist es auch heute möglich, individuelle Lösungen für die gewünschte Lebensform zu finden, ohne dass dafür besondere Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Der überwiegende Teil der jun-

gen Familien des Mittelstandes lebt aber in anderen finanziellen Verhältnissen.

Für diese Frauen und Männer gilt es Wege aufzuzeigen, damit Partnerschaft und Familie sowie insbesondere Elternschaft und Berufstätigkeit frei gestaltet werden können. Immer mehr Frauen wollen heute nach ihrer Ausbildung lebenslang einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die hohen Lebenskosten in der Schweiz sowie die Zahl von Scheidungen – sie liegt über einem Drittel – tragen ferner dazu bei, dass immer mehr Mütter einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen.

Diese Tatsachen führen die FDP zu folgenden Konsequenzen:

Bereich Familie / familienergänzende Betreuung

Damit Eltern Unterhalt, Hausarbeit sowie Erziehung und Betreuung der Kinder, wie im Ehevertrag vorgesehen, in gegenseitiger Absprache frei und besser untereinander aufteilen können, bedarf es verschiedener Voraussetzungen:

■ Die Erziehungsverantwortung liegt bei Mutter *und* Vater. Dies bedeutet nicht, dass die Eltern rund um die Uhr zu Hause anwesend sein müssen. Vielmehr geht es bei der Verantwortung für die Erziehung um liebevollen Beistand und die Vermittlung von Werten und Zielen.

■ Es sind Möglichkeiten für den Beizug von Dritten für die familienergänzende Betreuung der Kinder zu schaffen, denn die Arbeitgeber können nicht unbeschränkt auf die Familienpflichten von Eltern Rücksicht nehmen. Solche Einrichtungen lie-

gen im Interesse von Eltern und Kindern, auch wenn die Mutter keiner Erwerbsarbeit, sondern einer anderen ausserhäuslichen Tätigkeit nachgeht.

■ Eine umfassende Betreuung von Klein- und Schulkindern gibt es im Tessin und in der Romandie schon lange. Diese Erfahrungen sollten gesamtschweizerisch ausgewertet werden.

■ Die Einführung von Blockzeiten als vorläufig billigste Anpassung des Schulalltags an den veränderten Alltag der Familien ist dringend. Sie macht familienergänzende, individuelle Betreuung von Kindern planbar und er-

möglicht damit einen freien Wettbewerb mit der Tagesschule.

■ Tagesschulen können dem in letzter Zeit viel diskutierten Schulstress entgegenwirken, indem Schulwege eingespart, Aufgabenhilfen zur Verfügung gestellt werden und die Hetze über Mittag wegfällt. Führende Pädagogen begrüssen daher Massnahmen zur Vereinfachung des Schulalltags. Tagesschulen sollen freiwillig, im Angebot flexibel und finanzierbar sein. Bei ihrer Ausgestaltung sollen private Anbieter entsprechender Dienstleistungen einbezogen werden. Eine angemessene Kostenbeteiligung der Eltern ist selbstverständlich.

Bereich Aus- und Weiterbildung / Berufswelt

Postulate

■ Die Organisation des Familienlebens als Teil des privaten Lebens obliegt dem Individuum und nicht dem Staat. Die Verantwortung für das private Leben ist aber vermehrt von Frau *und* Mann wahrzunehmen. Es sind daher Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Frauen vermehrt in der Erwerbsarbeit und die Männer vermehrt in der Nichterwerbsarbeit, vor allem der Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit und der Pflege von Angehörigen, engagieren können.

■ Die Erziehungsverantwortung der Eltern kann nicht delegiert werden. Freiheit muss in diesem wichtigen Bereich mit Verantwortung verbunden bleiben, die von Mutter *und* Vater getragen werden muss.

■ Voraussetzung für Eltern, die Familie und Beruf verbinden wollen oder müssen, ist die Möglichkeit des Beizugs von Dritten für die familienergänzende Betreuung der Kinder.

Wo genügend Einkommen der Eltern vorhanden ist, kann die Delegation von Haus- und Betreuungsarbeit wie seit je individuell erfolgen. Es sind aber auch private, gemischtwirtschaftliche, allenfalls staatliche Betreuungseinrichtungen

für Kinder von Eltern zu schaffen, die beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen oder berufstätig sein wollen. An den Schulen sind Blockzeiten einzuführen und – im Interesse der Kinder – freiwillige Tagesschulen, auch zusammen mit privaten Anbietern entsprechender Dienstleistungen einzurichten.

■ Gleichstellung erfordert, dass Frauen und Männer nicht nur formal, sondern auch real den gleichen Zugang zu Aus- und Weiterbildung, zum Arbeitsmarkt und zu allen Berufen und Positionen haben. Es darf für den Arbeitgeber keine Rolle spielen, ob er eine Frau oder einen Mann anstellt.

■ Flexible Arbeitsformen und Teilzeitarbeit als Voraussetzung für die Aufteilung von Erwerbs-, Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit unter Eltern und zur Solidarität unter den Generationen im Falle einer Pflegebedürftigkeit von Angehörigen dürfen gegenüber der Vollzeitarbeit nicht diskriminiert werden.

■ Zentrale Bedeutung für die Gleichstellung kommt dem geschlechts- und zivilstandsunabhängigen Sozialversicherungs- und Steuersystem zu. Beide bedürfen einer grundsätzlichen Überprüfung.

Das Aus- und Weiterbildungssystem stellt für die Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf die Weichen. Im Bildungsstand von Frauen und Männern zeigen sich immer noch beträchtliche Unterschiede. Während in der obligatorischen Schulzeit Gleichstellung weitgehend erreicht ist, sind die nachobligatorischen Ausbildungsgänge von Frauen und Männern immer noch unterschiedlich. 70% der jungen Frauen wählen noch immer lediglich zehn Berufe, die als «mutterchaftsverträglich» betrachtet werden. Bei den Männern wählen lediglich 46% die zehn häufigsten Grundberufe, die für «männlich» gehalten werden. Die frühe Selbstbeschränkung der jungen Frauen im Beruf hat Auswirkungen auf ihre spätere Konkurrenzfähigkeit. Ganz im Gegensatz dazu beträgt heute der Anteil der Mittelschülerinnen 50%. An den Universitäten nähert er sich diesem Verhältnis an, allerdings mit einer Übervertretung der Frauen in den sprachlich-psychologischen und der Männer in den naturwissenschaftlichen Bereichen.

■ Das Begabungspotential oder, anders ausgedrückt, das Humankapital aller Frauen sollte besser ausgeschöpft werden. Junge Frauen sollten durch Elternhaus, Schule und Wirtschaft aufgefordert werden, Ausbildungsgänge mit beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten zu wählen. Die Schweiz wird angesichts der Bevölkerungsentwicklung auf die vermehrte Integration von qualifizierten Frauen in die Berufswelt angewiesen sein.

■ Karrieremodelle müssen für Frau und Mann familienverträglich werden. Mit flexiblen Arbeitsformen, die auf Betreuungspflichten (zunehmend auch für alte, pflegebedürftige Angehörige) Rücksicht nehmen, werden Voraussetzungen für die Gleichstellung von Frau und Mann auf allen Hierarchiestufen geschaffen.

Geschlechts- und zivilstandsunabhängiges Sozialversicherungs- und Steuersystem

STANDPUNKT

Hindernisse aus dem Weg räumen



Im Zentrum liberaler Politik steht der Mensch. In Freiheit und Verantwortung soll der Einzelne, also jede Frau und jeder Mann, unter Berücksichtigung des Wohls der Gemeinschaft seine Ziele aus einer Vielfalt von Möglichkeiten wählen und bestimmen können. Dies ist eine unliberale Aussage. Wir wollen keine neuen Zwänge schaffen, keine Gräben aufreissen, sondern alte, verkrustete Hindernisse aus dem Weg räumen.

Freisinnige Frauen und Männer sind offen, aufgeschlossen, problembewusst – aber auch optimistisch, sie wollen gemeinsam die Zukunft des Landes gestalten. Miteinander und nicht gegeneinander heisst die Devise. Die auf uns zukommenden Probleme sind so vielgestaltig, dass wir der Talente und Fähigkeiten, der Intuition und der Emotionalität aller liberalen Menschen bedürfen, um angepasste Lösungen zu finden. Es ist zudem gute alte Schweizer Tradition, alle sprachlichen, kulturellen und religiösen Gruppierungen in den politischen Entscheidungsprozess einzu-

beziehen. Traditionen, die sich bewährt haben, sollen gepflegt werden: Auch die Frauen sind bereit mitzutragen und wollen bei der Entscheidungsfindung mitwirken. Die freisinnigen Frauen vertrauen dabei auf die Kraft ihrer Argumente und nicht auf Quoten, die sie als typisches Instrument des Minderheitenschutzes einstufen.

Libérale Frauen sind weder ruhige, angepasste Kopfnickerinnen noch männerbedrohende Emanzen. Sie haben gleichermaßen genug von linkem Geschlechterkampf und rechten Herr-im-Haus-Standpunkten. Konfrontiert mit einer real existierenden Vielfalt von Lebens- und Familienformen innerhalb und ausserhalb der Ehe, erwarten sie liberale Orientierungshilfen zum Spannungsfeld von Familie und Beruf, fordern sie maximale Wahlfreiheit zur persönlichen Kombination von Elternschaft und ausserhäuslichen Engagements in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Das freisinnige Positionspapier «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung», das an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 21. Januar 1995 verabschiedet wurde

und Ihnen in diesem «Freisinn» vorgestellt wird, enthält neben einer Schilderung der Ausgangslage sechs konkrete Postulate mit den dazugehörigen Erläuterungen. Dazu drei Bemerkungen:

■ Wie bereits erwähnt, sollen nicht neue Zwänge geschaffen, sondern Wahlmöglichkeiten aufgezeigt werden, und zwar gerade auch für Männer.

■ Es soll kein Forderungskatalog an ein «Dienstleistungsunternehmen Staat» formuliert werden, sondern es wird aufgezeigt, wo und wie wir alle als Individuen und als Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen gefordert sind. Von besonderer Wichtigkeit sind hier die Ermöglichung flexibler Arbeitsformen und von Teilzeitarbeit als Voraussetzung für die Aufteilung von Erwerbs-, Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit unter Mann und Frau.

■ Es erscheint uns auch besonders wichtig, nicht einzig an die Personen zu denken, die neben der Familienarbeit berufstätig bleiben *möchten*, sondern vor allem auch an die vielen Paare, bei denen aus wirtschaftlichen Gründen beide Partner erwerbstätig sein *müssen*.

Ständerätin

Christine Beerli, Biel BE

Die in der Schweiz vorherrschende Ehepaarbesteuerung basiert auf dem traditionellen Familienbild von der Erstfamilie mit erwerbstätigem Vater und nicht-erwerbstätiger Mutter und Hausfrau. Die Mehrzahl der Ehepaare wählt aber heute andere Lebensformen; viele sind auch auf die Erwerbstätigkeit beider Elternteile angewiesen. Sie alle müssen eine steuerliche Benachteiligung gegenüber vergleichbaren Konkubinatspaaren in Kauf nehmen. Die Ehepaarbesteuerung beeinflusst dadurch auch die Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen negativ.

Auch die Sozialversicherung orientiert sich am typisch männlichen Erwerbsverlauf. Sie benachteiligt die erwerbstätigen

Frauen der unteren Einkommensklassen. Die typischen flexiblen Beschäftigungsformen weisen Lücken im Versicherungsschutz auf. Einerseits sind viele Teilzeitbeschäftigte nicht Suva-versichert. Andererseits können diese Frauen keine eigene oder nur eine ungenügende berufliche Altersvorsorge aufbauen: Fast jede dritte berufstätige Frau erzielt ein Einkommen, das unter der BVG-Beitragspflichtgrenze von zurzeit Fr. 21 600.– pro Jahr liegt. Auch bei der Arbeitslosenversicherung wirken sich Arbeitsunterbrüche der Frauen negativ aus.

■ Die gesamte Altersvorsorge, also auch die heutige zweite Säule, müsste geschlechtsunabhängig gestaltet werden. Ungelöst

ist neben der Beitragspflichtgrenze die Frage der Anrechnung von unbezahlter Betreuungsarbeit sowie der Pflege von Angehörigen. Sie müsste unabhängig davon, ob diese von einer Frau oder von einem Mann geleistet wird, berücksichtigt werden.

■ Die FDP unterstützt den Vorstoss Spoerry, wonach berufsbedingte Betreuungskosten von den Steuern abgezogen werden können.

■ Angesichts der Vielfalt von Familienformen (Erst-, Nachfolge-, Patchwork-, Einelternfamilien, alle mit und ohne Trauschein) muss auch das Steuersystem auf Geschlechts- und Zivilstandsabhängigkeit hin überprüft werden. ■

Leicht gekürztes FDP-Positionspapier.

FACHTAGUNG

Bildung und Forschung

«Bildung und Forschung – Bausteine für eine Schweiz mit Zukunft»: So lautet der Titel einer Fachtagung, welche die FDP der Schweiz am 18. März 1995 an der Universität Bern durchführt (9.30 Uhr – 16.00 Uhr).

Im Laufe des vormittäglichen Programmes werden Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Nationalrat Franz Steinegger, Parteipräsident der FDP der Schweiz, Werner Arber, Professor für

Mikrobiologie am Biozentrum der Universität Basel und Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates, und Jean-Luc Nordmann, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, mit Referaten in die Thematik einführen.

Im Anschluss daran werden sich die Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer im Rahmen von Arbeitsgruppen mit aktuellen Themen aus Bildung, Wissenschaft und Forschung befassen. Geplant sind Workshops zu folgenden Fragestellungen:

- 1: Bildung – Schlüssel zu Freiheit und Verantwortung im liberalen Staat
- 2: Anforderungen an die obligatorische Schule der Zukunft
- 3: Revitalisierung der Berufsbildung: Berufsmaturität und Fachhochschulen: Qualifikationen für die Arbeitswelt von morgen
- 4: Hochschul-, Forschungs- und Wirtschaftsplatz Schweiz im internationalen Wettbewerb
- 5: Permanente Ausbildung als Antwort auf die Herausforderungen der Zeit

FDP-STANDPUNKT

Ergebnis vorweggenommener Kompromisse

Auf Skepsis stösst der vorliegende Entwurf für ein Leitbild der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP).

Gegenüber dem von der «Groupe de Réflexion» vorgelegten Schlussbericht vermisst sie die Stosskraft. Einzelne Vorschläge seien zwar übernommen, in den wenigsten Fällen aber konsequent durchgezogen worden, heisst es in der Vernehmlassungsantwort.

Das Leitbild erscheint der FDP als Ergebnis vieler vorweggenommener Kompromisse. Die Partei kritisiert weiter, dass es sich zu sehr auf die SBB bezieht, der Bezug zum übrigen verkehrspolitischen Umfeld sowie zu raumplanerischen, regionalpolitischen und ökologischen Aspekten dagegen zu wenig hergestellt wird.

Die Freisinnigen vermissen ausserdem eine Analyse der Gründe für das Scheitern der Leistungsaufträge, auf Grund deren Erkenntnisse für die Gestaltung des Leitbildes gewonnen werden könnten.

Talon

Ich interessiere mich für die Fachtagung:

Name: _____ Vorname: _____

2/95

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bevorzugte Arbeitsgruppe: 1 2 3 4 5

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51 ■

Volksabstimmung 12. März

**Zukunftschancen
unserer Landwirtschaft
sichern.**

3x Ja

- Verfassungsartikel
- Milchwirtschaftsbeschluss
- Solidaritätsbeiträge



Freisinnig-Demokratische Partei

FDP-LEUTE

Hans-Rudolf Früh

Das dritte Sanierungsprogramm des Bundesrates musste in der mehrtägigen Debatte des Nationalrates mächtig Federn lassen. Nach zwei Tagen Spardebatte zog FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Früh AR Zwischenbilanz und registrierte: «Bisher sind die zusätzlichen Aufwendungen für die Sondersession durch die effektiv beschlossenen Einsparungen noch nicht kompensiert worden.»

Franz Steinegger

Von einer «vorsaisonalen Sitzung» sprach FDP-Präsident Franz Steinegger und meinte damit natürlich die übliche vorsaisonale Fraktionssitzung. Offenbar kann er seine Funktion als Präsident des Schweizer Tourismusverbandes nicht vergessen.

Duri Bezzola und Trix Heberlein

Zum viertenmal hatte FDP-Nationalrat Duri Bezzola GR am britisch-schweizerischen Parla-

mentarierskirennen auf Pisch teilgenommen, und zum drittenmal hat er gewonnen. Einmal nur hat ihm Bundesrat Ogi den obersten Podestplatz weggenommen. Für Ende 1995 aber fürchtet Bezzola (Jahrgang 1942), dass dann die «jungen», das heisst die neugewählten Parlamentarier, siegen werden. Wer weiss? Auch bei den Frauen blieb der Sieg in freisinniger Hand. Nationalrätin Trix Heberlein ZH war die schnellste.

Von Flüchiger zu Carnat

Neu für den Kanton Jura sitzt seit Anfang 1995 der freisinnige Nicolas Carnat im Ständerat. Der Tierarzt Carnat bereichert die berufliche Palette der eidgenössischen Parlamentarier. Auch sonst wird man vom Jazz-Posaunisten sicher noch hören. Der Sitz wurde frei, weil FDP-Ständerat Michel Flüchiger nach acht Jahren aus dem «Stöckli» zurücktrat, um eine neue Tätigkeit als persönlicher Mitarbeiter des Generalsekretärs des Europarates in Strassburg zu übernehmen. AMK

Ein Tag in Bern

Im letzten «Freisinn» durften wir die Namen nennen, in diesem «Freisinn» sehen wir die Gewinner des FDP-Ballonwettbewerbs. Zusammen mit einer kundigen

Führung besuchten sie während der Sondersession das Bundeshaus und assen anschliessend stilgerecht im «Café Fédéral». ■



FDP-Nationalrat Ernst Cincera ZH, Renate Lüthy-Nyffenegger, Holziken AG, FDP-Presseschefin Anna-Marie Kappeler, Jörg Schwaninger und seine Mutter aus Guntmadingen SH sowie Maya Wittmann-Gabriel aus dem zürcherischen Hüntwangen (von links) in der Eingangshalle des Bundeshauses. (Photo ruti)

KOLUMNE

Die Lust der SP an mehr Steuern



Jedes Volk hat die Staatsfinanzen, die es verdient. Die einst relativ weisse Weste des Schweizervolkes ist in der Rezession arg beschmutzt worden. Der Bund plant für 1995 ein Defizit von rund 6 Milliarden Franken; die Kantone sehen in ihren Budgets insgesamt Fehlbeträge zwischen 4 und 5 Milliarden vor. Der *Schuldenberg des Bundes* dürfte bis Ende des Jahrzehnts auf etwa 100 Milliarden Franken anwachsen.

Auf allen Ebenen sind gewaltige Anstrengungen nötig, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen; denn mehr Staatsgelder verteilen ist immer bedeutend einfacher – und populärer – als Abstriche machen, die unfehlbar jemanden treffen. Der *Verzicht auf finanzpolitische Sünden*, an die man sich mühelos gewöhnt, ist fast nur in Rezessionszeiten möglich. Auch dann sind noch zwei Wege offen: Sparanstrengungen oder Mehreinnahmen.

In den letzten Jahrzehnten ist in den westlichen Industriestaaten weltweit der Sozialstaat immer stärker ausgebaut worden und der Staatsanteil am Volkseinkommen gewachsen; damit ist der *Lohnanteil immer geringer* geworden, über den der Berufstätige *nach eigenem Gutdünken* noch verfügen kann. Überall scheint aber das Fass allmählich voll zu sein und erhebt sich der Ruf nach Sparen, nach Steuersenkungen, oder zumindest – wie in der Schweiz – nach einem *Stopp weiterer Steuererhöhungen und höherer Abgaben*. Doch die SPS konnte sich nicht zu einer Befürwortung der Ausgabenbremse durchringen. Nach der Einführung der Mehrwertsteuer und der Erhöhung des Benzinzolls um 20 Rappen hat der Schweizer Steuerzahler – zu Recht – den Eindruck, er habe nun seine Pflicht getan und

Regierungen und Parlamente sollten sich nun endlich energisch hinter das *Sparen* machen. Nur unter massivem politischem Druck werden aber die Bundesräte und die Kantone in ihren sorgfältig gehüteten Gärten noch weitere Unkrautfelder zum Sparen finden. Die FDP-Parole *«Verzicht auf weitere Steuererhöhungen»* entspricht sowohl einer sachlichen Notwendigkeit wie einer Mehrheitsmeinung.

Hemmungslos *nach oben* will hingegen die Sozialdemokratische Partei die *Staatsquote* schieben. Der alte Zopf *Reichtumssteuer* lässt ihr keine Ruhe. In einigen Kantonen ist diese zwar bereits gescheitert. Dennoch wird am 12. März eine entsprechende Initiative auch im Kanton Zürich zur Abstimmung kommen. (Dass die SP zudem eine fünfprozentige Staatssteuererhöhung verlangte, sei nur am Rande vermerkt.)

Auf eidgenössischer Ebene hat der Parteivorstand der SPS eine *Reichtumssteuer* in Form einer *Vermögensabgabe* von allen natürlichen und juristischen Personen beschlossen. Zudem soll eine *Proportionalsteuer* auf den Gewinnen der grossen Unternehmen erhoben werden – ungeachtet allfälliger Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Der *Benzinpreis* soll nochmals um 15 Rappen zugunsten der Bundeskasse heraufgesetzt werden, und weitere Energieabgaben werden diskutiert. Vor allem aber ist immer noch die *Erhöhung der Mehrwertsteuer auf den EU-Wert von 15 Prozent* im Visier, um weitere Sozialausgaben zu finanzieren.

Das Schicksal der öffentlichen Finanzen steht zur Diskussion. Es müsste ein Hauptthema im Wahljahr 1995 werden. Es ist an der Zeit, der *sozialdemokratischen Lust an mehr Steuern ein deutliches Halt* zu gebieten.

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen ZH

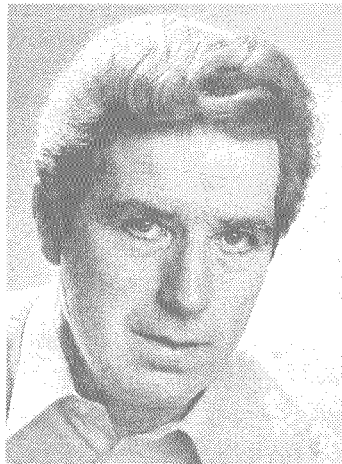
Weg in die Zukunft

Eine Mehrheit unserer Bevölkerung will einen vielfältigen und leistungsfähigen Bauernstand. Wir Bauern sind in der Lage, unseren Lebensraum den künftigen Generationen zuliebe verantwortungsvoll zu nutzen. Die eingeleitete Agrarreform wird dies zusätzlich ermöglichen. Die drei Landwirtschaftsvorlagen weisen den richtigen Weg in die Zukunft einer aufgeschlossenen Bauergeneration und verdienen ein überzeugtes Ja.

**Nationalrat
Karl Tschuppert (LU)**

In den letzten Jahren ist unsere Agrarpolitik von den Leitlinien des «Siebten Landwirtschaftsberichtes» bestimmt worden. Das ist von grosser Tragweite. Auch unter dem Einfluss der Ausenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere der Gatt-Verhandlungen, ist man zunehmend vom System der Preis- und Absatzgarantie zum Instrument produktionsunabhängiger Direktzahlungen übergegangen. Somit werden die Kosten der Agrarstützung vom Konsumenten auf den Steuerzahler verlagert.

Nun stehen wir unmittelbar vor der Umsetzung der Liberalisierungsverpflichtungen aus der Gatt-Runde. Mit der EU wird momentan unter anderem über



Nationalrat Karl Tschuppert: «Wir Bauern sind in der Lage, unseren Lebensraum verantwortungsvoll zu nutzen.»

die vermehrte Ein- und Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten bilateral verhandelt, und das Parlament befasst sich mit der Sicherung der finanziellen

Mittel für die Einkommens-, die Struktur- und Sozialpolitik zugunsten der Landwirtschaft.

Aber auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden am kommenden 12. März eine bedeutsame Entscheidung fällen müssen. Sie werden entscheiden, welche Zukunft die Landwirtschaft und vor allem die bäuerliche Bevölkerung haben wird. Die Vorlagen ermöglichen insgesamt der Landwirtschaft mehr unternehmerische Freiheit und mehr Markt, und das ist bei zunehmend offeneren Märkten von zentraler Bedeutung.

Die Gegnerschaft ist nicht zu unterschätzen und formiert sich vorwiegend aus dem links-grünen Lager und einzelnen Grossverteilern. Sie verstehen sich generell als Opposition und bekämpfen praktisch alles, was von der offiziellen Agrarpolitik kommt. Zudem haben sie eigene Initiativen im Köcher, die weg von einer produzierenden Landwirtschaft in Richtung Hobby/Nebenberwerb gehen. Eine solche Landwirtschaft braucht natürlich weder Marketing noch mehr Handlungsspielraum beim Milchwirtschaftsbeschluss. Die Gegner werden die Landwirtschaft in eine Richtung lenken, welche vielen Bauern die Existenzgrund-

lage entziehen würde. Das «Nein» der Grossverteiler ist noch durchsichtiger. Sie wollen möglichst günstige und besonders ökologisch produzierte Schweizer Nahrungsmittel, weil das Qualitätsimage gut ist. Direktzahlungen des Staates sollen ihrer Meinung nach dazu dienen, dass die Produktpreise gedrückt werden können. Also soll der Staat die Mehrleistungen der ökologischen Produktion bezahlen und nicht der Grossverteiler und der Konsument. Andererseits will man möglichst viele und billige Nahrungsmittel aus dem Ausland ohne Öko-Auflagen und Qualitätsmerkmale importieren.

Dass für die Ausrichtung von Direktzahlungen ökologische Anforderungen gestellt und besonders umweltschonende Betriebsformen prämiert werden – wie dies im Verfassungsartikel vorgesehen ist –, ist sinnvoll, notwendig und langfristig im eigenen Interesse der Landwirtschaft.

Es gilt aber, gegenüber ökologischem Extremismus und ideologischem Gedankengut der Gegnerschaft Distanz zu wahren. Mit einem Ja am 12. März zu allen Landwirtschaftsvorlagen gehen wir den richtigen Weg in die Zukunft. ■

Touristisch-politische Entdeckungsreise durch das unbekannte Baltikum 20.–28. Mai 1995

Vilnius–Kaunas–Klaipeda–Riga–Tallinn

- Touristische Höhepunkte wie z. B. die Kreuze von Silaulial; Orgelkonzert im Dom von Riga; bezaubernde Landschaften
- Besuch von Produktionsstätten und einem Landwirtschaftsbetrieb
- Gespräche mit führenden Politikern

Reiseleitung: Hans Graf,
Sekretär der Handelskammer Schweiz-Baltikum

Die Reise wird zudem von einem eidg. Parlamentarier begleitet.

Gerne senden wir Ihnen das Detailprogramm.

HAURI REISEN AG
Niklaus-Thut-Platz 5
4800 Zofingen
Telefon (062) 51 81 81

Worum geht es?

Verfassungsartikel über die Landwirtschaft

Unsere Landwirtschaft soll sich dynamisch entwickeln und ihre Leistungen ökologisch, tiergerecht und kostengünstig erbringen. Diesen Grundsatz wollen Bundesrat und Parlament in einem neuen Verfassungsartikel verankern. Der Landwirtschaft wird damit für die Bewältigung kommender Herausforderungen der Rücken gestärkt.

Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses

Mit einer Revision des Milchwirtschaftsbeschlusses soll das starre System der Milchkontingentierung flexibler gestaltet werden. Der zusätzliche unternehmerische Freiraum führt zu Kostensenkungen und billigerer Milch. Gegen diese Revision ist das Referendum ergriffen worden.

Änderung des Landwirtschaftsgesetzes

Unsere Landwirtschaft muss ihre Produkte vermehrt durch Selbsthilfemassnahmen – z. B. gezieltere Werbung – fördern. Mit der Revision des Landwirtschaftsgesetzes (Solidaritätsbeiträge) wird dafür gesorgt, dass diese Anstrengungen von allen Bauern, die davon profitieren, mitfinanziert werden. Gegen die Revision ist das Referendum ergriffen worden. ■

Instrument zum Masshalten

Die Ausgabenbremse bezweckt, den eidgenössischen Räten in bestimmten Fällen eine höhere Hürde zu setzen, um ausgabenwirksame Beschlüsse zu fassen. Die Ausgabenbremse ist somit kein Ausgabenverhinderungsinstrument, sondern eine Sensibilisierungsmassnahme zum vernünftigen Masshalten.

 Nationalrätin
Vreni Spoerry-Toneatti (ZH)

Gemäss Artikel 88 der Bundesverfassung beschliessen National- und Ständerat in der Regel mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Ausnahmen von diesem Grundsatz bedürfen einer Verankerung in der Verfassung. Das ist beispielsweise bei den Dringlichen Bundesbeschlüssen der Fall, wo zur Dringlichkeitserklärung ein qualifiziertes Mehr erforderlich ist. Ein qualifiziertes Mehr liegt vor, wenn unabhängig von den anwesenden National- und Ständeräten die Hälfte der Mitglieder der beiden Kammern zustimmen. Wird dieses Quorum nicht erreicht, ist die Dringlichkeit nicht zustande gekommen.

Mit der sogenannten institutionellen Ausgabenbremse soll nun in bestimmten Fällen auch bei Ausgabenbeschlüssen diese Hürde eingebaut werden. Dies soll gelten bei Subventions-

Ausgabenbremse

Für Parlamentsbeschlüsse, die zu namhaften neuen Ausgaben führen, soll in Zukunft die Mehrheit aller, nicht nur der abstimmenden Mitglieder von National- und Ständerat erforderlich sein. Dies wollen Bundesrat und Parlament in der Bundesverfassung verankern, um ihren Sparwillen zu unterstreichen. ■



Nationalrätin Vreni Spoerry: «Endlich eine griffige Ausgabenbremse.»

bestimmungen in Gesetzen und allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen sowie bei Verpflichtungskrediten und Zahlungsrahmen, die neue einmalige Ausgaben von mehr als zwanzig Millionen Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als zwei Millionen Franken nach sich ziehen.

Ein Abgleiten erschweren

Es liegt in der Natur der Sache, und die Geschichte belegt es: Eingeführt werden Ausgabenbremsen in finanziell schlechten Zeiten, wenn die Defizite eskalieren und die Schulden explodieren. Gebraucht aber wird eine Ausgabenbremse vor allem dann, wenn sich die Zeiten normalisieren, die Einnahmen wieder reichlicher fliessen und die Ausgaben leichter getätigt werden. Die Ausgabenbremse ist daher kein eigentliches Sparinstrument, obwohl sie dem Bund die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen erleichtern kann. Vor allem aber wird sie später ein erneutes Abgleiten in die unkontrollierte Schuldenwirtschaft erschweren. Die Freisinnigen hät-

ten eigentlich gerne auch noch das Budget – oder Teile davon – der Ausgabenbremse unterstellt. Dies ist ihnen nicht gelungen. Man mag dies bedauern, aber vor allem soll man sich darüber

freuen, dass endlich eine griffige, verfassungsmässig automatisch einsetzende und unbefristete Ausgabenbremse präsentiert wird und dazu ein überzeugtes Ja in die Urne legen. ■

Auf Druck der FDP

Nach dem Auslaufen der letzten Ausgabenbremse 1979 haben die Finanzkommissionen beider Räte 1993 – in weiser Voraussicht auf die besseren Zeiten, die sich damals abzeichneten, und die unausweichlichen Folgen auf die Ausgabendisziplin des Parlamentes – den Bundesrat aufgefordert, wieder eine institutionelle Ausgabenbremse vorzulegen. Diesen Vorstössen wurde keine Folge geleistet.

FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry hat in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit Unterstützung der Fraktion erneut einen Vorstoss eingereicht. Auch sonst machten die Freisinnigen beachtlichen Druck, nämlich dadurch, dass die FDP

eine Volksinitiative in Aussicht stellte, wenn auf der parlamentarischen Ebene weiterhin nichts geschehen sollte.

Mit der Abstimmungsvorlage vom 12. März liegt nun ein Instrument vor, dessen Ausgestaltung befriedigt. Da die Aufhellung des eidgenössischen Finanzhimmels noch eine Zeit lang auf sich warten lassen dürfte, wird es zur Verfügung stehen, wenn das Parlament bei entspannter Finanzlage wieder mehr und regelmässig an die Tatsache erinnert werden muss, dass es nicht genügt, Ausgaben zu beschliessen, sondern dass auch deren Finanzierung über die vorhandenen Einnahmen gesichert werden muss.

AMK

FDP-STANDPUNKTE

Von grosser Bedeutung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) misst der Totalrevision des Asylgesetzes grosse Bedeutung zu. Ziel soll ein modernes Asylgesetz sein, das einerseits den Anforderungen der humanitären Tradition der

Schweiz entspricht, andererseits in unmissverständlicher Weise die Bekämpfung des Asylmissbrauchs signalisiert.

Neu soll die Aufnahme von Schutzbedürftigen geregelt werden, was von der FDP begrüsst wird. Nicht einverstanden ist die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort jedoch damit, dass diese Regelung im Asylgesetz statt-

finden soll. Die FDP verlangt dafür ein spezielles Gesetz. Auch die Einwanderung soll im Entwurf zu einem Migrationsgesetz speziell geregelt werden. Die Totalrevision des Asylgesetzes muss daher dem Grundsatz der Trennung von asylpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen Rechnung tragen. Die FDP weist jedoch auf den Regelungsbedarf von Verfahrensfragen bei minderjährigen Asylbewerbern hin. Die Totalrevision des Asylgesetzes soll hier Unklarheiten ausräumen.

Bei der Überarbeitung des Entwurfs für ein Asylgesetz muss nach Ansicht der FDP die Kostenfolge beachtet und mit den Spar-

bemühungen von Bund, Kantonen und Gemeinden in Einklang gebracht werden. Bezüglich der Fürsorgeleistungen schlägt die FDP eine Harmonisierung mit den Standards der EU-Staaten vor. Damit soll einer möglichen Steigerung der Attraktivität der Schweiz vorgebeugt werden.

Die Freisinnigen wünschen generell eine verbesserte Abstimmung der Aussenpolitik des Bundesrates mit asyl- und ausländerpolitischen Zielsetzungen. So sollen etwa Entwicklungshilfeleistungen an die Bedingung der Mithilfe bei der Reisepapierbeschaffung für wegzuweisende Ausländer geknüpft werden. ■

Staatsverschuldung



**Start ins Leben.
Mit Fr. 17'500.-
Staatsschulden.**

Staatsdefizite verpfänden die Zukunft. Heute sind es Fr. 17'500.- Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung, jährlich steigend um Fr. 2500.-. Was wir heute zuviel ausgeben, schränkt die Gestaltungsfreiheit der jungen Generation ein. Ein wichtiger Grund, gegen die heutige Defizitwirtschaft anzutreten.

Verantwortung übernehmen.

*Abstimmung vom 12. März
über den Verfassungsartikel:
Ausgabenbremse JA.*



Freisinnig-Demokratische Partei

Kommission für Altersfragen

Der Bundesrat soll eine konsultative Kommission für Altersfragen schaffen, das fordert FDP-Nationalrat Heinz Allenspach (ZH) mit einer Motion. Departementsübergreifend soll sie sich mit allen die Generationen im dritten Lebensabschnitt berührenden Fragen befassen und Bundesrat, Parlament und Öffentlichkeit über ihre Arbeiten und Schlussfolgerungen informieren.

Nationalrat Allenspach begründet seinen Vorstoss, der von 23 freisinnigen Parlamentariern mitunterzeichnet ist, damit, dass Altersfragen die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Zukunft unseres Landes zunehmend beeinflussen werden. Er erinnert an die demographische Entwicklung mit überproportionaler Zunahme der Senioren. Immer deutlicher zeichne sich zudem eine Verunsicherung dieser gesellschaftlichen Gruppe ab, wurden doch in den letzten Jahren in öffentlichen Diskussionen Tendenzen deutlich, Mitbürgerinnen und Mitbürger im dritten Lebensabschnitt aus der Gesellschaft auszugrenzen, heisst es in der Begründung der Motion weiter.

Wie etwa die Jugend in der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, so sollen auch die Mitbürger im dritten Lebensabschnitt in einer ausserparlamentarischen Kommission die Möglichkeit haben, ihre Anliegen,

Probleme und ihre Sicht zu äussern sowie die Bundespolitik auf «Altersverträglichkeit» zu überprüfen. Allenspach betont jedoch, dass die Schaffung einer Eidgenössischen Kommission für Altersfragen nicht zu einer Aufspaltung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen führen soll. Vielmehr geht es um die Verbesserung der Integration der älteren Generation in die Gesellschaft. ■

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

Fristenlösung: Klare FDP-Haltung fortsetzen

Die FDP-Frauen Schweiz stehen hinter der parlamentarischen Initiative Haering Binder betreffend Schwangerschaftsabbruch / Revision des Strafgesetzbuches. In einem Brief an die FDP-Fraktion des Nationalrates hat der Vorstand der Vereinigung die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ersucht, in Fortsetzung der bisherigen klaren Haltung der FDP die Initiative ebenfalls zu unterstützen.

◊ Madeleine Kuhn-Baer*

Da das schweizerische Abtreibungsrecht mehr als fünfzig Jahre alt ist und seither bedeutende gesellschaftliche Veränderungen eingetreten sind, drängt sich nach Meinung der FDP-Frauen Schweiz eine Revision der Strafbestimmungen auf. Im Brief an die FDP-Fraktion, der von Präsidentin Franziska Frey-Wettstein unterschrieben ist, macht die Vereinigung darauf aufmerksam, dass sie sich bereits 1977 in Übereinstimmung mit der schweizerischen FDP für die Fristenlösungsinitiative ausgesprochen hat. Diese war damals in der Volksabstimmung knapp verworfen worden.

FDP für Fristenlösung

Die FDP-Frauen erinnern die Fraktion anhand von Aussagen zum Schwangerschaftsabbruch in den Zielsetzungen der FDP Schweiz zudem an die bisher von der Partei konsequent verfolgte Haltung:

■ **1991–1995:** «Nach wie vor nicht gelöst ist das Problem des

Schwangerschaftsabbruchs. Es hat jedoch durch die liberale Bewilligungspraxis verschiedener Kantone etwas an Schärfe verloren. Eine unerwünschte Schwangerschaft kann dennoch die betroffene Frau vor äusserst schwierige Probleme stellen. Deshalb haben Aufklärungen und Empfängnisverhütung erste Priorität. Die Bemühungen um eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs innert einer gesetzlichen Frist sind fortzusetzen. Dabei sind auch wir für die Prüfung neuer Lösungen offen.»

■ **1987–1991:** «Nach wie vor nicht gelöst ist das Problem des Schwangerschaftsabbruchs. Es hat jedoch durch die liberale Bewilligungspraxis verschiedener Kantone etwas an Schärfe verloren. Eine unerwünschte Schwangerschaft kann dennoch die betroffene Frau vor unüberwindliche Probleme stellen. Deshalb trägt die Aufklärung und Empfängnisverhütung erste Priorität. Die Bemühungen um eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sind fortzusetzen. Dabei sind auch neue Lösungen zu prüfen.»

■ **1983–1987:** «Nach wie vor ungelöst ist das Problem des Schwangerschaftsabbruchs. Eine

unerwünschte Schwangerschaft kann die betroffene Frau vor fast unüberwindbare Probleme stellen. Aus der Erkenntnis heraus, dass die Fristenlösung im Rahmen der Regelungsmöglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs das kleinste Übel darstellt, haben wir uns 1977 für die damalige Vorlage eingesetzt. Wir respektieren den negativen Volksentscheid, sehen aber nach wie vor keine zweckmässige Alternative zur Fristenlösung; dennoch sind wir bereit, auch nach anderen Formen der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu suchen.»

■ **1979–1983:** «Ein Letztes schliesslich im Zusammenhang mit der Besserstellung der Frau in unserem Land: Obwohl die Fristenlösung vorläufig auf eidgenössischer Ebene gescheitert ist, wird sich die FDP weiterhin dafür einsetzen.»

■ **1975–1979:** «Die heutige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs ist unbefriedigend und sollte durch die Fristenlösung ersetzt werden. Vordringlich sind Massnahmen zur Verhütung un-

erwünschter Schwangerschaften sowie die Familienplanung.»

■ **1971–1975:** «Es sind gesetzliche Anpassungen zu prüfen, die es erlauben, im Rahmen der legalen Schwangerschaftsunterbrechung soziale und psychische Notstände besser als heute zu berücksichtigen.»

Konsequenter Kurs fortführen

Wie der Vorstand der FDP-Frauen Schweiz im Brief an die nationalrätliche FDP-Fraktion darlegt, existieren heute grosse kantonale Unterschiede bezüglich Schwangerschaftsabbruch, was bei Frauen und Ärzteschaft zu Rechtsunsicherheit führt. Ausserdem werden die Frauen kriminalisiert, wodurch Schuldgefühle entstehen. «Diese Situation ist eines Rechtsstaates unwürdig, verletzt die Rechtsgleichheit und lässt sich nicht mit der Würde der Frau vereinbaren», schreiben die FDP-Frauen. Sie ersuchen die Fraktion deshalb, in Fortsetzung der bisherigen klaren Haltung der FDP die Initiative Haering Binder zu unterstützen. ■

TERMINE

Nicht vergessen

mb. Am Donnerstag, 16. März 1995, findet in Bern die nächste Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz statt. Themenschwerpunkte werden die Bereiche Tagesschulen und Nationalratswahlen 1995 bilden.

In diesem Zusammenhang sei nochmals an den 16. September 1995 erinnert: An diesem Datum werden die Frauen der schweizerischen CVP, FDP und SVP im Schützenhaus Albisgütli in Zürich ein gemeinsames Fest veranstalten: mit

einer femininen Prägung und einer zukunftsgerichteten, weltoffenen Atmosphäre, mit Humor und Witz. Mehr darüber später. Bitte Termin aber bereits jetzt in der Agenda dick anstreichen!

Weitere Daten zum Vormerken:

■ Samstag, 6. Mai 1995: Delegiertenversammlung in Bern.

■ Donnerstag, 19. Oktober 1995: Präsidentinnenkonferenz in Zürich. ■

SOI-Bilanz:

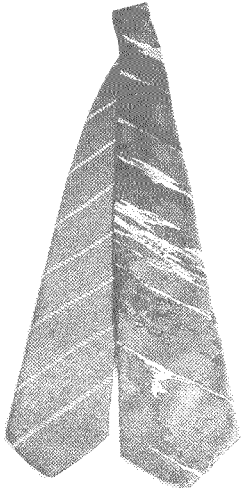
Weltpolitik monatlich sechs Seiten kurz:
Probenummer anfordern:
Telefon/Fax (031) 351 81 18.

SOI-Bilanz, vormals eine Publikation des Schweizerischen Ost-Institutes.

Chic und praktisch

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Bestellen Sie jetzt! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt

ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Dieses Jahr sind eidgenössische Wahlen. Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.

**FDP
PRD
PLR**

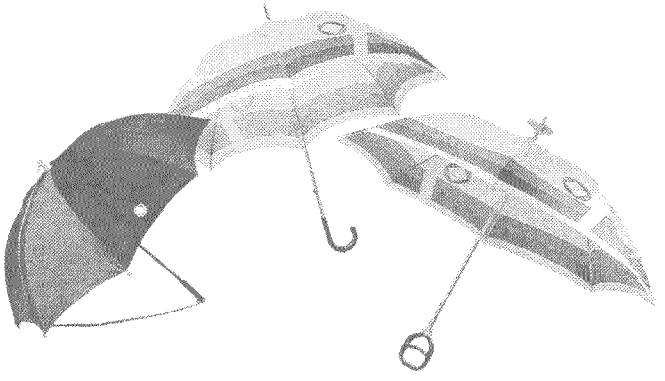
**Politische
Rundschau**

**Revue
politique**

Für eine Schweiz
mit Zukunft
**Hundert Jahre FDP
der Schweiz**

Pour une Suisse
tournée vers l'avenir
**Cent ans de
PKD Suisse**

Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.

Talon

Ich bestelle:

- ___ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- ___ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- ___ Ex. Doppelschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- ___ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- ___ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- ___ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: _____

2/95

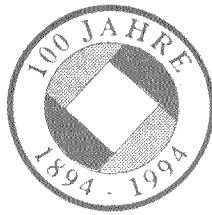
Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda für 1995 aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.

Wirtschaft und Politik – miteinander, füreinander

Das Nein des Schweizer Volkes zum EWR vor zwei Jahren hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie eng Politik und Wirtschaft verbunden sind. Sie lassen sich nicht trennen: Die Politik setzt die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, und die Wirtschaft erfüllt die Voraussetzungen für das Wohlergehen des Staates.

◊ Erich Müller



Es bringt weder der Wirtschaft noch dem Staat etwas, wenn sich die Verantwortlichen der Wirtschaft über die Politik beklagen und wenn die Politiker feststellen, dass sich die Wirtschaft in den Vernehmlassungen gegen die Politik stellt.

Die Zeiten des Gegeneinanders sind vorbei. Die Chancen liegen im Gemeinsamen, im Miteinander. Das zeigt die seit mehr als sechzig Jahren bestehende Sozialpartnerschaft, die es weiterzuentwickeln gilt.

Die schweizerische Exportwirtschaft ist täglich dem weltweiten Konkurrenzkampf ausgesetzt. Auf betriebswirtschaftlicher Ebene scheut sie diese Herausforderung nicht. Die schweizerischen Unternehmungen haben ihre Strukturen angepasst, ihre betriebswirtschaftliche Effizienz erhöht, ihre Produktivität gesteigert, ihre technologische Spitzenstellung dank Forschung und Entwicklung gefestigt, ihr Marketing und ihre Führung gestärkt.

Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen, sondern geht konstant weiter. Die Wirtschaft hat abgespeckt, aber sie muss ihre Fitness täglich erneut beweisen. Das ist die betriebswirtschaftliche Revitalisierung der Unternehmungen. Sie wird durch die

volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, d. h. durch die Politik, ungenügend unterstützt.

Volkswirtschaftliche Revitalisierung heisst marktwirtschaftliche Erneuerung nach innen und nach aussen. Konkret:

■ Abbau der staatlichen und privaten Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz, öffentliches Vergabewesen, Deregulierung des Vorschriftenwesens).

■ Offene Märkte gegenüber dem Ausland: Ratifizierung des Gatt und mit bilateralen Verhandlungen in Brüssel Annäherung an die EU bis hin zum EU-Beitritt. Unterstützung der Politik des Bundesrates.

■ Sozialkosten in finanzierbarem Rahmen halten.

■ Ausländerpolitik gegenüber unseren Partnerländern in Westeuropa liberalisieren.

Das sind nur einige der Forderungen. Der Standortwettbewerb unter den Nationen ist in vollem Gang. Die Verschlechterung der Position der Schweiz ist leider unverkennbar. Tendenziell schotten wir uns ab; wir igeln uns ein und zeigen eine gewisse Innovationsangst im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich. Das muss sich ändern; die Wirtschaft kann durchschnittliche Rahmenbedingungen nicht akzeptieren. Der Schaden für unsere Volkswirtschaft und unser Land ist zu gross.

Wollen wir eine wirtschaftsfreundliche Politik, müssen wieder vermehrt Persönlichkeiten der Wirtschaft in die Politik. In Gemeinde, Kanton und Bund, aber auch in Schule und Kirche sind ausgewiesene und initiative Fach- und Führungskräfte gefragt. Gesucht sind Kaderleute, die mehr Dynamik und Effizienz in die Politik bringen. Junge Menschen sind dazu fähig und bereit, sofern sie dabei durch die Unternehmungen unterstützt und ermuntert werden. Junge, zielbewusste Führungskräfte gehen nicht in die Politik, wenn sie

direkt und oder indirekt spüren müssen, dass ihre Chefs ihren politischen Einsatz als Zeitvergeudung betrachten, unter der die berufliche Pflichterledigung leide, und sie deshalb bei Beförderungen übergehen. Das darf nicht sein. Wir müssen junge Menschen zum Schritt in die Politik ermuntern und sie dabei unterstützen.

Das gleiche gilt für die Kommandofunktionen in der Armee. Die Armee 95 ist eine Chance für die Schweiz. Wir nutzen sie aber nur, wenn die besten Offiziere bereit sind, «weiterzumachen». Sie tun es gerne, wenn die Arbeitgeber dafür nicht nur laues oder gar kein Verständnis aufbringen, sondern dies begrüssen. Dies müsste den langfristig denkenden Unternehmern auch nicht schwerfallen, profitieren doch die Unternehmungen erheblich von der militärischen Führungsausbildung ihrer Kader.

Die Verantwortlichen der Unternehmungen sind gefordert, ihre Kader zum Einsatz in Politik und Militär zu motivieren! Die jungen Kader der Wirtschaft sind eingeladen, ihre Persönlichkeit in Politik und Militär einzubringen! Die freisinnig denkenden Politiker und die Wirtschaft können die Schweiz aus dem derzeitigen Isolationskurs herausführen! Tun wir es! Unser Einsatz lohnt sich! ■

Erich Müller

Erich Müller ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Nach einer kaufmännischen Lehre studierte er an der Hochschule St. Gallen, wo er als lic. oec. abschloss.

Berufserfahrung

1984 bis heute
Sulzer AG, Winterthur.
Mitglied der Konzernleitung.
Leiter Finanz und Administration.

Konzernstab Finanz- und Rechnungswesen.
Konzernstab Konzernrevision.
Dienstleistungsbereich Liegenschaften.

1965–1984
Verschiedene Aufgaben in den Bereichen Finanzen, Rechnungswesen und Datenverar-

beitung bei Gebrüder Sulzer AG, Winterthur.

Politische Tätigkeit

1982–1990
Präsident der Römisch-Katholischen Kirchgemeinde Rickenbach-Seuzach.

1978–1982
Gutsverwalter der Römisch-Katholischen Kirchgemeinde Rickenbach-Seuzach.

1978–1985
Vorstandsmitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei Seuzach.

1973–1993
Mitglied der Aufsichtskommission der Berufsschule des Kaufmännischen Vereins Winterthur.

1963–1964
Präsident der Studentenschaft der Hochschule St. Gallen. ■

Garten- und Landschaftsarchitekten.
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Ein
Jahrhundert
für unsere
Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Taten statt Worte: Zur Kultur in der Politik

Es breitet sich in der schweizerischen Politikultur die Unsitte aus, dass einige Wirtschaftsführer den Politikern Unfähigkeit, Untätigkeit und leere Worte statt Taten vorwerfen. Wer als Exponent der Wirtschaft solche generalkritischen Bemerkungen in der Öffentlichkeit über die Medien verbreiten lässt, muss sich messen lassen und das «Menetekel»* in Kauf nehmen.

Mit Pauschalverurteilungen der Politmechanismen treffen die Wirtschaftsführer nur eine Seite des Problems. Wenn die Wirtschaft und ihre Spitzenvertreter an die Politik Forderungen stellen und Vorhaltungen machen, ohne selbst in den Ring zu steigen und ohne zu versuchen, sich in den politischen Strukturen zu behaupten, so müssen andere die von ihnen geforderten Nägel nicht nur machen, sondern gleich noch einschlagen.

Gerade die Politik muss als ein Markt verstanden werden, dem man nicht diktieren kann. Während sich wirtschaftsfeindliche

* Menetekel: «Gewogen und zu leicht befunden» (Daniel 5, 25)

Kräfte der politischen Basis zu bemächtigen versuchen, vergessen viele Wirtschaftsführer, dass politische Erfolge anders strukturiert und erzielt werden müssen als unternehmerische. Es wäre deshalb wohl eine der besten Qualifikationen für Mitglieder einer Geschäftsleitung, sich auf diesem politischen Markt zu behaupten und dort für die Grundwerte einer freien, sozialen Marktwirtschaft und Wirtschaftsinteressen einzutreten. Wären mehr Wirtschaftsführer politisch engagiert – die Gefahr eines gefährlichen Auseinanderdriftens der Unternehmensinteressen und der breiten Öffentlichkeit wäre geringer.

Die Politik birgt aber auch unternehmerische Risiken, zumal Parlamentswahlen auch Scheitern und Misserfolge zulassen. Zu viele Nummern eins und zwei scheuen sich, im politischen Markt zu fallieren, und handeln sich damit völlig ungerechtfertigterweise einen persönlichen Imageschaden ein. Als ob alle unternehmerischen Aktivitäten auch immer erfolgreich wä-

ren. In der Politik bietet sich Wirtschaftsführern ein Aktionsfeld, das ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit erhöht. Nicht nur würden ein enormes Fachwissen und eine gefragte Managementpraxis in die Politik eingebracht, die derzeit nötiger sind als je, sondern auch die Wirtschaftsvertreter würden in der Politik vieles für ihr eigenes Aufgabenfeld lernen. Viele Flops von Unternehmensführungen im Behandeln von sensiblen Problemkreisen, die von gesamtpolitischer Relevanz sind, hätten sich so nie ereignet, wenn politisches Gespür und mehr Marktwissen über die Politik vorhanden gewesen wären.

Dieses Jahr stehen kantonale und eidgenössische Wahlen an. Anstatt zu kritisieren und zu lamentieren sollte die Wirtschaft ihre hochkarätigen Vertreter ins Rennen schicken oder jene Kandidaten unterstützen, die sich bereit erklären, neben ihren belastenden beruflichen Engagements auch noch in die Politik einzusteigen. Dort werden die Politthemen gemacht, verarbei-

tet und gelöst, niemals aber per Diktat aus den Chefetagen. Nur so wären Europa-, Ordnungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik seitens der Wirtschaft glaubwürdig zu gestalten.

Glücklicherweise gab und gibt es noch bedeutende Wirtschafts-exponenten, die diese Zusammenhänge nicht nur erfahren haben, sondern diese zum Wohle von Wirtschaft und Politik auch umzusetzen wissen. Eine Gewissensfrage: Sind alle in der Wirtschaft an der Spitze Tätigen gerade von jener herausragenden Qualität, die just von ebendiesen Kreisen von den Politikern gefordert wird?

Gerade unsere Partei, die in beiden Bereichen, nämlich in Politik und Wirtschaft, über so bedeutende Köpfe verfügt, wäre als Plattform aufgerufen, hier nicht nur alle nur möglichen Synergien auszuschöpfen, sondern jenen Kritikern aus der Wirtschaft diesen klaren Spiegel vorzuhalten. Taten statt Worte wären gerade von jenen kritischen Wirtschaftsexponenten gefordert, die ihre nationalen Qualifikationen über unsere Politikerinnen und Politiker und unser Politsystem am lautstärksten verlautbaren.

*Roger Eric Schärer, Winterthur, Kantonsratskandidat
Stadliste Winterthur*

FDP-STANDPUNKTE

Wende der SP oder bloss verbaler Rauchscheier?

Die von der SP der Öffentlichkeit vorgestellte, von einem deutschen Autor verfasste Expertise für eine «Armee 2005» fordert eine moderne, bewegliche, feuerstarke Armee und übernimmt viele Elemente des Konzepts der «Armee 95» und der Optionen für ihre Weiterentwicklung. Sie steht damit in bemerkenswertem Gegensatz zu dem vor knapp vier Jahren von der SP Schweiz verabschiedeten Strategiepapier «Sicherheit durch Friedenspolitik», das mit dem Satz schliesst, die Schweiz könnte bis ins Jahr 2000 zum Schluss kommen, dass «auf die Truppen zur Landesverteidi-

gung und auf die Dienstpflicht verzichtet werden kann».

So sehr die FDP eine Wende der SP hin zur Bejahung einer glaubwürdigen Landesverteidigung begrüssen würde, so deutlich fallen umgekehrt die Widersprüche ins Auge. Zwar scheint die grundsätzliche Verweigerungshaltung gegenüber der Armee über Bord geworfen, doch wird der Stellungswechsel mit einem Festhalten an den SP-Initiativen auf Kostenhalbierung und Waffenexportverbot verbunden, was zu massiven Brüchen in der Argumentation führt.

Das neue Modell der SP geht zum Beispiel, wenngleich zum

Teil in reduzierter Zahl, von Panzern, Flugzeugen und Artillerieraketenwerfern aus – gegen alle konkret anstehenden Beschaffungen in diesen Bereichen hatte die SP sich aber gewehrt. So steht im SP-Papier von 1991 – vor der F/A-18-Abstimmung! – wörtlich, die Schweiz könne ihren Luftraum «gar nicht schützen und verteidigen», weshalb die Flugwaffe sich auf «luftpolizeiliche Aufgaben» zu beschränken habe. Nun wird in These 8 des neuen Papiers postuliert, die Flugwaffe habe sich «noch mehr als bisher auf Luftverteidigung festzulegen».

Im Kern scheidet die SP-Expertise an der unbequemen Wahrheit, dass die geforderte, kleinere, aber mit «dynamischzielorientierten Einsatzelemen-

ten» versehene Armee nicht eine billigere Armee sein könnte. Im Gegenteil: Das EMD hat die postulierte vollständige Brigadisierung schon im Vorfeld der «Armee 95» geprüft, aber aus Kostengründen verworfen.

Die Abbauinitiative der SP und ihr neues Modell schliessen sich jedenfalls aus. Die FDP der Schweiz forderte die SP deshalb auf, den Tatbeweis für die Glaubwürdigkeit ihres neuen Modells zu erbringen: und der besteht im Rückzug von Halbierungs- und Waffenexportverbots-Initiative. Andernfalls werfen die neuen SP-Vorschläge nicht viel mehr als verbale Rauchscheier, um die im Wahljahr unbequem gewordene armeefeindliche Position zu verdecken. ■

Widerliche Polit-Manipulation

Das Interview von Rundschau-Moderator Hannes Britschgi mit Franz Steinegger zum «Fall Fischbacher» am 18. Januar 1995 war etwas vom Widerlichsten, was mir in den letzten Jahren im Fernsehen allgemein und beim TV DRS im besonderen im Rahmen einer politischen Sendung untergekommen ist.

Nichts gegen «griffige» Themen, aber auch dabei ist doch ein Minimum an Objektivität, ja selbst an ganz einfachem zwischenmenschlichem Anstand gegenüber dem Gesprächspartner zu wahren (diese Grenze wurde ja sogar im vorangehenden Gespräch mit diesem Fischbacher nicht überschritten, obwohl dort eine schärfere Gangart eher noch verständlich gewesen wäre).

Was Britschgi offensichtlich provozieren wollte, nämlich mit dem Aufhänger «Fischbacher» Franz Steinegger und die FDP in eine von ihm suggerierte rechts-extreme Ecke zu drängen, war schlicht unter jedem journalistisch erträglichen Niveau, denn ich kann mir nur schwerlich vorstellen, dass Hannes Britschgi als zweifellos intelligenter Mensch bei einer nüchternen und objektiven Beurteilung der Angelegenheit sowohl Franz Steinegger als auch die FDP in ihrer überwältigenden Mehrheit in diesem Extremfeld ansiedeln kann.

So aber muss ich dieses Interview als veritable Polit-Manipulation des Zuschauers und damit als eigentlicher Missbrauch der

Medienmacht Fernsehen werten.

Welchen Zweck verfolgte Britschgi denn mit seiner penetrant und pharisäerhaft («ich gut – du schlecht») wiederholten Aufforderung an Franz Steinegger, sich zu entschuldigen? Haben wir denn in der Schweiz neuerdings «Sippenhaft»? Wenn sich jeder Parteipräsident für Äusserungen eines einzelnen Mitgliedes jedesmal entschuldigen müsste, kämen wohl alle Schweizer Parteioberen nicht mehr aus Sack und Asche heraus. Dann wäre aber – wie es Franz Steinegger selbst treffend angeschnitten hatte – längst auch schon eine Entschuldigung der SP Schweiz (beispielsweise bei den Angehörigen der Maueropfer in Berlin) angebracht – für den «Kniefall» einzelner und erst noch recht gewichtiger SP-Mitglieder vor der Honecker-Clique in der ehemaligen DDR. Nie-

mand, auch nicht TV DRS, ist damals auch nur im Ansatz auf eine derart abstruse Forderung gekommen.

Eine Entschuldigung ist nun tatsächlich angebracht; nämlich von Hannes Britschgi an Franz Steinegger. Ich nehme an, mit Britschgis hohen «politisch-ethischen Anforderungen», die er offensichtlich mit links an seine Interviewpartner stellt, dürfte es für ihn doch jetzt auch selbstverständlich sein, diesen Gang nach Canossa anzutreten. Übrigens: Hut ab vor Franz Steinegger; er hat – trotz Britschgis üblen Suggestionenversuchen – seine Ruhe und Nüchternheit bewahrt und dem Moderator damit den Tarif erklärt, auf welchem Niveau derartige Rundschau-Themen eigentlich behandelt werden sollten. Ich hoffe doch sehr, dass solche Entgleisungen beim TV DRS nicht weiter Schule machen.

Edi Borer, Basel

Primitiv und fies

Was da vom sogenannten «Moderator» sowie von seiner Studiocrew in der «Rundschau» präsentiert wurde, gehört mit zum Primitivsten und Fiesesten, was ich in letzter Zeit am Bildschirm gesehen habe. Das sei kurz begründet.

Primitiv war der journalistische Ansatz: Man nehme eine populistische Frage – Entschuldigung FDP-Präsident – und haue sie dem Interviewpartner penetrant um die Ohren, ohne sich überhaupt die Mühe zu geben, dem Verlauf des Gesprächs auch nur ansatzweise zu folgen. Das Ganze wird so plump vorgetragen, wie einst zu Toni Schallers Zeiten («Sind Sie dafür, ja oder nein?»). Das ist eines Gefässes wie der «Rundschau» unwürdig. Das war doch einst der Ort der differenzierten, sorgfältigen Analyse. Naja, mit der neuen Aufmachung hat man auch gleich sämtliche Tugenden sorgfältiger Berichterstattung eliminiert.

Fies war die optische Präsentation: Lassen Sie sich die Nahaufnahmen von Steinegger

nochmals in Slow motion vorführen, und Sie werden folgendes entdecken: Kameramensch und Beleuchtung haben dem Interviewten nicht ein einziges Mal einen Lichtglanz in den Augen gegönnt! Stets nur finsterdräuende Augenlöcher! Das ist optisch fieseste Stimmungsmache von der allerfeinsten Sorte, nämlich für viele Normalkonsumenten in der Ursache nicht auszumachen, aber im Resultat emotional wirksam. Beim Gegenschuss auf den sogenannten «Moderator» hat's dann trotz dessen hochintelligenter Brille wunderbar geklappt. Zufall? I wo, sondern subtilste Agitator-Technik, gezielt eingesetzt.

Empfehlung

«Moderator»: Berufswechsel nahelegen, z. B. als Instruktor im nahen Zivilschutz-Ausbildungszentrum. Studiocrew: Zurück in die Grundausbildung (Ausleuchten von Gesichtern, Teil I, Lichtführung).

Henri Leuzinger, Rheinfelden

Rollende Programmarbeit

Die FDP ist ständig à jour. Seit einiger Zeit hat sie vom System der Programmarbeit alle vier Jahre zum System der rollenden Planung gewechselt. Folgende Positionspapiere können gratis bestellt werden:

- Ich bestelle _____ Ex. **Neutralität**
 _____ Ex. **Finanz- und Steuerpolitik**
 _____ Ex. **Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organismen**
 _____ Ex. **Tourismus**
 _____ Ex. **Wohnen**
 _____ Ex. **Entwicklungshilfe**
 _____ Ex. **Landwirtschaftspolitik**
 _____ Ex. **Perspektiven liberaler Lebensgestaltung**

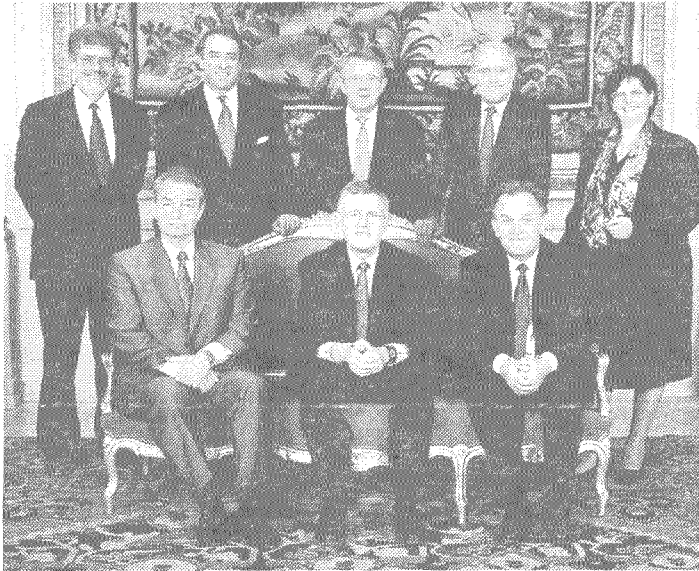
Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■



Handwritten signatures and names:
 D. Müller, P. Kappeler, A. Kohler, F. V. Steiner, R. Lehmann, P. H. W. Kägi, O. S. K. 6

Neue Autogrammkarte

Auf Grund der regen Nachfrage hat die Bundeskanzlei beschlossen, dieses Jahr wiederum eine Autogrammkarte des Bundesrates 1995 herauszugeben. Der Farbdruck erscheint zum dritten Mal und zeigt die sieben Mitglieder des Bundesrates in protokollarischer Reihenfolge sowie den Bundeskanzler und enthält die Unterschriften der Abgebildeten. Die Auflage beträgt 3500 Exemplare. Die Autogrammkarte kann unter Beilage einer adressierten Klebeetikette beim Informationsdienst der Bundeskanzlei, 3003 Bern, bezogen werden.

Konferenzmappe FDP: elegant und praktisch

In Patchwork-Leder, schwarz, mit Schreibblock und Kugelschreiber, Fr. 40.–

Wir bestellen _____ Ex. der Konferenzmappe FDP

Name: _____ Vorname: _____ 2/95

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Talon bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, oder Fax (031) 312 19 51

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.– pro Exemplar (ausser Nr. 2–3/94):

- _____ Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- _____ Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- _____ Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- _____ Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- _____ Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»
- _____ Ex. Nr. 2–3/94: «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» (à Fr. 15.–)
- _____ Ex. Nr. 4/94: «15 Thesen der FDP für eine gesamtheitliche Alterspolitik»

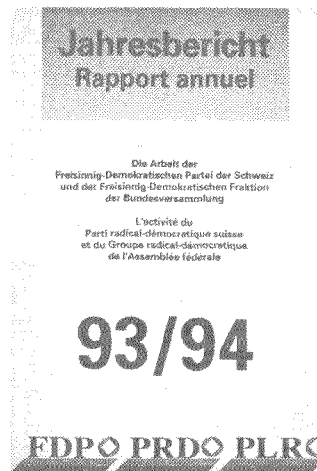
Name: _____ Vorname: _____ 2/95

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Die Arbeit der FDP



Name: _____

Vorname: _____ 2/95

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

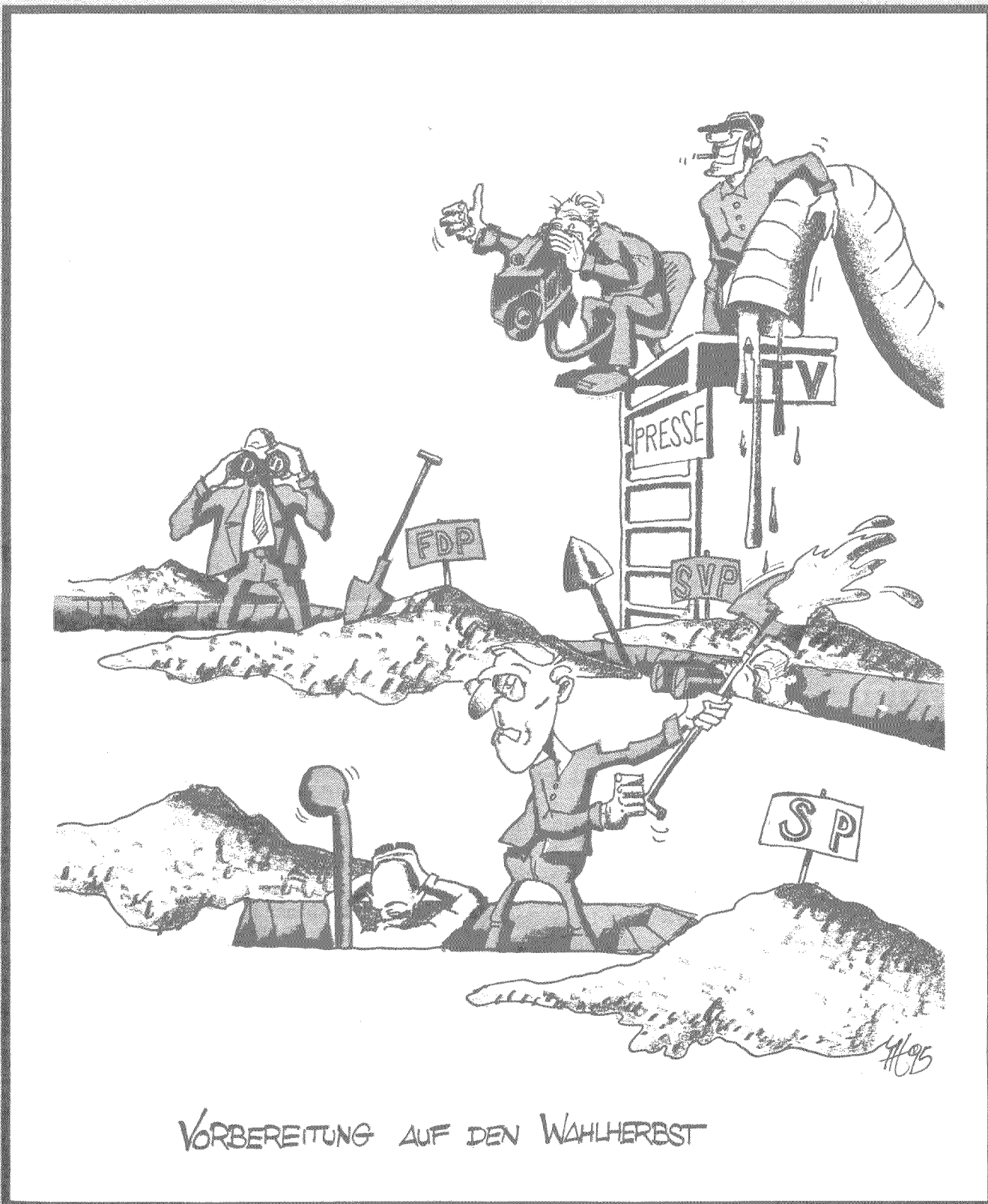
Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 93/94

(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Bitte einsenden an:
 FDP-Generalsekretariat
 Postfach 6136
 3001 Bern

Fax (031) 312 19 51



VORBEREITUNG AUF DEN WAHLHERBST

Karikatur Andreas Töns

Für echte Einsparungen im kantonalen Finanzhaushalt

Am 24. Januar 1995 reichte die Aargauer FDP-Fraktion im Zuge der notwendigen Sparmassnahmen folgendes Postulat ein: Der Regierungsrat wird beauftragt, die künftige kantonale Finanzpolitik nach folgenden Zielsetzungen auszurichten:

Kurz- und mittelfristige Zielsetzungen

- Ausgeglichener Staatshaushalt im Jahre 1997
- Stabilisierung der Personalausgaben auf dem Stand des Jahres 1995
- Weitestgehende Kompensation der vom Bund auferlegten Zusatzlasten

Mittel- und langfristige Zielsetzungen

- Bereitstellung der für die Gestaltung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Le-

bens- und Wirtschaftsraumes Aargau benötigten Mittel durch klare Prioritätensetzung in den staatlichen Tätigkeiten.

Zu diesem Zweck hat der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Bericht vorzulegen, der vom Plenum vor den Sommerferien behandelt werden kann und über die Auswirkungen der nachstehenden Massnahmen Auskunft geben soll:

- Plafonierung der Einnahmen und Ausgaben auf dem Stand des Jahres 1995 unter Berücksichtigung der eingetretenen Teuerung.
- Stabilisierung der Personalausgaben auf dem Stand des Jahres 1995 unter Berücksichtigung vermehrter Leistungskomponenten und der Abschaffung von Automatismen wie den Dienstalterszulagen auf den 1. Januar 1996.

In diesem Bericht sollen auch die

- Kriterien der Prioritätensetzung für die Bereitstellung der für die Gestaltung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Lebens- und Wirtschaftsraumes Aargau benötigten Mittel definiert werden.

Sie hat.



**Spende Blut.
Rette Leben.**

VERANSTALTUNG

Zweite Sommeruniversität 1995 der FDP

Vom 21. August bis zum 24. August 1995 findet die zweite Sommeruniversität in Neuenburg statt. Wieder werden interessante Persönlichkeiten den Jugendlichen Red und Antwort stehen. Teilnahmeberechtigt

sind politisch interessierte Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 28 Jahren.

Weitere Informationen erhalten Sie auf dem FDP-Generalsekretariat, Telefon (031) 311 34 38 (Blaise Roulet). ■

Begründung

Das Ziel des ausgeglichenen Staatshaushaltes für das Jahr 1997 kann nicht allein mit Mehreinnahmen und Beitragskürzungen an Dritte, insbesondere Gemeinden, erreicht werden. Dazu gehören auch echte Einsparungen im kantonalen Finanzhaushalt.

Einerseits sind die Personalausgaben auf dem Stand des Jahres 1995 zu stabilisieren, was mit der Schaffung vermehrter Leistungskomponenten und dem Verzicht auf Automatismen wie die Dienstalterszulagen möglich

ist. Andererseits sind Zusatzlasten, die dem Kanton vom Bund auferlegt werden, weitestgehend zu kompensieren. Zudem sind die Kriterien zu definieren für die Verlagerung der Staatstätigkeit in Bereichen, welche für die Gestaltung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Lebens- und Wirtschaftsraumes Aargau prioritär zu beachten sind. Damit das Plenum des Grossen Rates die Zielsetzungen und Auswirkungen dieser Finanzpolitik zeitgerecht diskutieren und festlegen kann, ist dieser Bericht dem Grossen Rat im Frühjahr zuzustellen. ■

STANDPUNKT

Hüten wir uns am San Bernardino!

Heute geistert wieder das Gespenst von «Tunnelgebühren» zur Benützung unserer vier wichtigsten alpenquerenden Strassentransitachsen San Bernardino, Gotthard, Simplon und St. Bernhard durchs Land. Ausgelöst wurde dieser Spuk durch bundesrätliche Überlegungen zur Umsetzung der von Volk und Ständen gutgeheissenen Alpeninitiative. Gemäss denen wäre ab 1998 nicht nur, wie das die Alpeninitiative fordert, «der alpenquerende Gütertransportverkehr von Grenze zu Grenze» von der Strasse auf die Schiene umzulagern. Um Umgehungen und Diskriminierungen ausländischer Transporteure auszuschalten, hätte dies auch für Binnentransporte zu gelten.

Zur Erreichung dieses Ziels sollten «im Sinne der Kostenvahrheit» die Strassentransporte gegenüber jenen auf der Schiene verteuert werden, und zwar durch die neue leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe sowie auf den vier genannten Strassenachsen zudem noch durch eine verkehrs-

lenkende Alpen transitgebühr. Kommt dazu, dass ein vom Bundesrat veranlassenes Gutachten eines Basler Rechtsprofessors bereits die allerdings mehr theoretische denn reale Möglichkeit sieht, auf Grund von Alpeninitiative und Umweltschutzgesetz auch den Privatverkehr diesem modernen «Strassenzoll» zu unterstellen.

Zu solchen Lösungen kann und darf Graubünden niemals Hand bieten. In unserem Kanton ist der San-Bernardino-Tunnel weit mehr als eine internationale Transitachse. Mangels eines Schienenweges stellt er eine lebensnotwendige innerkantonale Strassenverbindung zwischen Nord- und Teilen Südbündens dar. Selbst wenn der Bundesrat für von solchen Verkehrslenkungsmaßnahmen betroffene Landesteile Ausnahmeregelungen ins Auge fasst, würden derart neue «Strassenzölle», für die m. E. zudem eine explizite Verfassungsgrundlage fehlt, zu weiteren Erschwernissen und Belastungen in heute schon benachteiligten Randregionen wie der Mesolcina führen. Hüten wir uns deshalb rechtzeitig am San Bernardino!

Edwin Graber